



INFORMIERT

GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK

GLB grundsätzlich gegen einen Börsengang der Post:

Nein zu Privatisierung und Ausverkauf!

Die Regierung privatisiert via Börsengang 49 Prozent der Post AG. Grünen-Chef van der Bellen kann sich sogar eine Vollprivatisierung vorstellen. SPÖ-Chef Gusenbauer braucht dazu eine „Nachdenkpause“. Für Post-Gewerkschaftschef Fritz ist ein Börsengang jetzt noch zu früh.

● **Der GLB lehnt hingegen eine Privatisierung als Verschleuderung von Volksvermögen grundsätzlich ab. Die Post muss eine Aufgabe der öffentlichen Hand bleiben. Diese Meinung teilt auch die Arbeiterkammer.**

In der 2005 vom GLB an den Nationalrat gerichteten Petition „Für die Erhaltung der Post im öffentlichen Eigentum“ heißt es: „Die Post ist eine elementare Einrichtung einer funktionierenden Infrastruktur und darf daher nicht privatisiert werden, egal ob durch einen Verkauf oder einen Börsengang. Die Post muss im öffentlichen Eigentum erhalten bleiben. Ein verfassungsmäßiger Schutz des öffentlichen Eigentums ist notwendig.“

● **Die Weichenstellung zur Privatisierung der Post erfolgte 1996 mit der Ausgliederung aus dem Budget. Unterstützt wurde die Ausgliederung von der SPÖ als Regierungspartei, aber auch von der FSG-Mehrheit in Personalvertretung und Gewerkschaft.**

In der Folge wurde die ehemals einheitliche Post geteilt, die Telekom teilprivatisiert, die PSK verkauft, der Postbus an die ÖBB übertragen und die verbleibende „Gelbe Post“ seit Jahren einer Roskur nach der anderen unterworfen.

Die Post hat von 2000 bis 2004 ihren Gewinn von 17 auf 86,6 Millionen Euro gesteigert, für 2005 werden 91,2 Millionen Euro Gewinn erwartet. Der Finanzminister kassierte Rekorddividenden und bürdete der Post 334 Millionen Euro Schulden für sein Nulldefizit auf. Auf der Kehrseite wurden rund 7.000 Arbeitsplätze vernichtet und rund tausend Postämter zugesperrt. Das Ende ist keineswegs erreicht.

● **Ein Börsengang ist keine Garantie gegen Ausverkauf: Die Voest ist heute zu 35 Prozent im Besitz ausländischer Pensionsfonds. VA Tech wurde an Siemens, Austria Tabak an Gallaher verkauft.**

Als Ergebnis der Privatisierung scheffeln künftig Aktionäre Profit aus Postdienstleistungen. Österreich ist einmal mehr Musterknabe bei der EU-weiten Liberalisierung der Post. Nur in Deutschland, den Niederlanden, Dänemark und Belgien wurde bislang die Post ganz oder teilweise privatisiert. In den USA und Großbritannien – den Vorreitern der Liberalisierung und Privatisierung – ist die Post immer noch staatlich.

Auch faule Manöver wie Vorzugsaktien für Post-Beschäftigte, eine „Volksaktie für jedermann“ oder eine Mitarbeiterbeteiligung machen den Börsengang nicht besser.

● **Es liegt jetzt an der Gewerkschaft, die Privatisierung der Post zu verhindern. Kampfmaßnahmen bis zum Streik sind dabei legitim und sind letztlich im Interesse der Allgemeinheit. Die Unterstützung des gesamten ÖGB dafür ist notwendig.**

Nein zu Privatisierung und Ausverkauf der Post!